

Volle Fahrt voraus für den digitalen Wandel in der maritimen Branche

Maßnahmenkatalog der Freien Demokraten in den Norddeutschen Landtagen und dem Europaparlament zur 10. Nationalen Maritimen Konferenz am 4. April 2017 in Hamburg

Der maritime Sektor mit seinen norddeutschen Häfen ist für Deutschland und Europa von entscheidender Bedeutung. Allerdings lassen die rot-grünen Landesregierungen Norddeutschlands fehlendes Engagement bei immer mehr entscheidenden Projekten für die maritime Wirtschaft erkennen. Das muss sich dringend ändern.

Ein positives Signal für den Welthandel

Die 10. Nationale Maritime Konferenz findet in Zeiten sich eintrübender weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen statt. In vielen Ländern machen sich nationalistische Tendenzen breit. **Die 10. Nationale Maritime Konferenz sendet ein positives Signal für den Freihandel aus Deutschland in die Welt.**

Fokus auf maritime Wirtschaft – nicht nur zur Feierstunde

Die 10. Nationale Maritime Konferenz ist wichtig, um zukunftsweisende Themen der maritimen Branche mit allen Akteuren zu diskutieren. Es ist eine Chance, die norddeutsche Zusammenarbeit sowie die Kooperation mit dem Bund und auf internationaler Ebene im maritimen Sektor zu verbessern. **Die maritime Wirtschaft muss nicht nur alle zwei Jahre bei einer Nationalen Maritimen Konferenz Beachtung finden, sondern vor allem in den zwei Jahren zwischen den Konferenzen. Deutschland muss bei der Entwicklung des großen Potentials der maritimen Wirtschaft im Rahmen des „blauen Wachstums“ eine Vorreiterrolle spielen.**

Norddeutsche Kooperation: Miteinander statt gegeneinander

Engere Abstimmungen und bessere Vernetzungen der Häfen durch die Nutzung von einheitlichen Standards und Schnittstellen bei der Digitalisierung können zu einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im maritimen Sektor beitragen. Dafür ist ein kollegiales Miteinander entscheidend. **Die FDP-Fraktionen der norddeutschen Landtage betrachten deshalb mit Sorge, dass die rot-grünen Landesregierungen im Norden mehr gegen- als miteinander arbeiten.**¹

Digitalisierung made in Norddeutschland

Intelligente Lösungen für den Verkehrs- und Warenfluss in den Häfen können Synergieeffekte heben. **Die norddeutschen Häfen sollten deshalb in Gespräche über die gemeinsame Nutzung digitaler Import- und Exportplattformen nach dem Vorbild von DAKOSY in Hamburg führen.**

Die norddeutschen Häfen brauchen eine moderne funk- und festnetzbasierende Breitbandstruktur, gute Netzversorgung und 5G-Netzausbau. Leistungsfähige Breitbandnetze

¹ Hamburger Abendblatt vom 21.02.2017, Seite 6: „Wir Niedersachsen sind nicht Hamburgs Dienstleister und schon gar nicht Hamburgs Bittsteller.“

zum schnellen Informationsaustausch sind Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität. Die Unternehmen in den norddeutschen Häfen sind auf eine reibungslose, schnelle Kommunikation angewiesen. **Trotz großer Hilferufe aus der Hafenwirtschaft werden die Herausforderungen der Digitalisierung von den rot-grünen Landesregierungen Norddeutschlands nur schleppend angegangen.** Dies ist umso bedauerlicher, weil dafür Mittel aus Förderprogrammen des Bundes (Programm für den Ausbau in Gewerbegebieten) und aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung stehen, aber nicht abgerufen werden.

Elbvertiefung und Weservertiefung: Schlechte Planung soweit das Auge reicht

Die Verzögerungen bei Elb- und Weservertiefung zeigen, dass die rot-grünen Senate in Hamburg und Bremen den entscheidenden Infrastrukturprojekten nicht die notwendige Priorität einräumen. Bei beiden Planfeststellungsverfahren konnten durch unterschiedliche Fehler in den Planungen die verhängten Baustopps nicht aufgehoben werden. Das ist völlig inakzeptabel in Zeiten, in denen die wahre Konkurrenz der norddeutschen Häfen in den niederländischen Nordrange-Häfen liegt. Der deutschen Wirtschaft gehen durch die schlechten Infrastrukturplanungen der norddeutschen Landesregierungen hunderte Millionen Euro an Wertschöpfung verloren. **Wir fordern die norddeutschen Landesregierungen auf, die entscheidenden Infrastrukturprojekte Norddeutschlands endlich gemeinschaftlich anzugehen, etwa in der gemeinsamen Suche für Ausgleichsflächen zur Planfeststellungsergänzung zur Fahrrinnenanpassung der Elbe.** Neben der gemeinsamen Planung ist es wichtig, dass die Blockaden der Landesregierungen durch die Grünen endlich aufhören.

Zügiger Ausbau der Schifffahrtswege

Der Ausbau der Außen-, Unter- und Mittelweser muss ebenso wie die Vertiefung der Außenems zügig vorangebracht werden. Der Neubau der Schleuse Lüneburg muss schnellstmöglich realisiert werden und die Infrastruktur entlang der Mittel- und Oberelbe ist zeitnah zu verbessern. Die Leistungsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) muss langfristig gesichert werden. Dazu sind zeitnah alle Maßnahmen für den Ausbau und die Sanierung des NOK aufzunehmen. Hierzu gehört die Sanierung aller Schleusen.

Hafenhinterlandanbindungen fit für die Zukunft machen, Infrastruktur ausbauen

Um die Zukunft der Norddeutschen Häfen sicherzustellen müssen die vorhandenen Hafenhinterlandanbindungen verbessert und ausgebaut werden. Die „Küstenautobahn“ A20 einschließlich Elbquerung bei Glücksstadt, die A39 zwischen Hamburg und der A2 bei Wolfsburg, die Nordverlängerung der A14, der Ringschluss der A 281 in Bremen, sowie die Hafenquerspange auf Hamburger Gebiet müssen zeitnah umgesetzt werden. Eine leistungsfähige und zukunftssichere Schienenanbindung, sowohl für die Hafenhinterlandverkehre als auch für den Personenverkehr, ist dabei sicherzustellen. Außerdem erachten wir die Fehmarn-Belt-Querung für die nachhaltige Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums zwischen Skandinavien und Norddeutschland für zwingend erforderlich.

Schlickprobleme langfristig lösen – Verbringung in Außenwirtschaftszone

Die Vereinbarung von Hamburg mit Schleswig-Holstein ist keine dauerhafte Lösung für das Sedimentproblem im Hamburger Hafen. Die sinnlose und teure Kreislaufbaggerei muss sofort

beendet werden, denn Hamburg und der Bund verschwenden jährlich mehr als hundert Millionen Euro durch Kreislaufbaggerei. **Ein länderübergreifendes Konzept zum Sedimentmanagement muss langfristig die Verbringung von Schlick in die Außenwirtschaftszone (AWZ) regeln.**

Liberalisierung der Hafenaufgaben – Privat vor Staat

Die Bemühungen der EU-Kommission, in Europäischen Häfen für mehr Wettbewerb zu sorgen, begrüßen wir ausdrücklich. Im Fokus dieser Reformbemühungen stehen die Hafenverwaltungen. **Die zuständigen Hafenbehörden der Länder sollen zeitnah ihre Strukturen anpassen und ihre Finanzen deutlich in einen privatwirtschaftlichen und einen öffentlichen Bereich trennen. Dadurch entstehen Privatisierungsoptionen, die es zu nutzen gilt.**

Verbandsklagerecht abschaffen, Vertrauensschutz bei Planungen

Die Auswirkungen des Verbandsklagerechts sind unübersehbar. Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit fällt zurück, weil wir uns ein Verbandsklagerecht leisten, das Infrastruktur verhindert statt verbessert. **Deshalb muss das Verbandsklagerecht in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Zukünftig muss für Vorhabenträger Vertrauensschutz bei Infrastrukturplanungen gelten.** Es kann nicht sein, dass Planungsbehörden immer wieder Planergänzungen vornehmen müssen, weil sich das Umweltrecht in der Zeit weiterentwickelt hat, in der ein Projekt wegen des Verbandsklagerechts vor Gericht lag und verhandelt wurde.

Internationale Hafenwerbung: Mit einer Stimme sprechen

Wir wollen ein internationales Standortmarketing für die Häfen Norddeutschlands etablieren. Dafür müssen diese effektiver als bisher als „Ports of Germany“ unter einem Dach vermarktet werden. Außerdem sollten die Potenziale privater Norddeutscher Personen wie der Hamburg Ambassadors besser für Geschäftsanbahnung genutzt werden.

Michael Kruse MdHB, wirtschaftspolitischer Sprecher und parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Gesine Meißner MdEP, meerespolitische Sprecherin der FDP-Delegation im Europäischen Parlament

Hillgriet Eilers MdL, hafenspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Prof. Dr. Hauke Hilz MdBB, hafenspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

Christopher Vogt MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag